

Globaler Klimawandel, gesellschaftliche Naturverhältnisse und (inter-)nationale Klimapolitik

Angela Oels, Elmar Altvater, Achim Brunnengräber

1. Beschreibung der ausgewählten Problemlage des Sondierungsprojekts

Die Aufgabe unserer Sondierungsstudie war eine Neubeschreibung der sozial-ökologischen Problemlage im Bereich des globalen Klimawandels und der (inter-)nationalen Klimapolitik. Hierfür wurden die komplexen Beziehungsmuster zwischen Gesellschaft und Natur im Bereich der Klimapolitik untersucht und Ansatzpunkte zu ihrer Transformation aufgezeigt. Eine besondere Bedeutung messen wir in diesem Erkenntnisprozess dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bei. Es markiert die wechselseitige Konstitution von Natur durch die Gesellschaft und von Gesellschaft durch die Natur. Mithilfe dieses Konzeptes konnten verengte Problemwahrnehmungen in der Klimaforschung aufgelöst und der Klimawandel als sozial-ökologische Problemlage beschrieben werden. Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

- Der Klimawandel und plötzlich auftretende Klimakatastrophen sind keine natürlichen Erscheinungen, sondern der Ausdruck spezifischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Mit anderen Worten: Natur existiert nicht unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Bestimmtheit. Dementsprechend ist der Klimawandel als eine umfassende Gesellschaftskrise zu verstehen.
- Gesellschaften werden in ihren Reaktionsweisen und Entwicklungsmöglichkeiten durch „die Natur“ nicht eindeutig festgelegt. Denn die Natur ist menschengemachte Natur. Die Naturwahrnehmung resultiert aus der gesellschaftlichen Kommunikation über die Natur; und diese ändert sich in der Geschichte und zwischen den Kulturen. Erst als „gesellschaftliche Natur“ rückt sie ins Interesse der Öffentlichkeit und wird bearbeitbar. Dementsprechend werden die Art und Weise der Symbolisierung, die machtförmigen Diskurse oder die mediale Aufbereitung dessen, was als Krise der Natur (bzw. eingeschränkt: der Umwelt) definiert wird, zu entscheidenden Elementen der Perzeption von Umweltproblemen.
- Ein Problem stellt allerdings auch die Nicht-Thematisierung von Umweltproblemen dar. Dabei sind Unterschiede zwischen lokalen, nationalen und globalen Problemlagen wichtig. Lokale

Umweltprobleme können ja „externalisiert“ werden und zum „Nimby-Syndrom“ (not in my backyard) beitragen.

- Die materielle Aneignung der Natur, das gesellschaftliche Wissen über und die dominierenden kulturellen Praktiken hinsichtlich der Natur sind heterogen. Dessen ungeachtet bilden sich hegemoniale Formen der Problembearbeitung heraus, die abhängig sind von machtvollen Interessen und einflussreichen Akteuren. Beides muss sowohl bei der Krisenkonzeption als auch bei der Entwicklung von Bearbeitungsformen als Problembereich berücksichtigt werden.
- Technische Lösungen, Effizienz- und Suffizienzrevolutionen allein reichen zur Bewältigung der Krise nicht aus. Sie muss in der Kultur, in Bildungseinrichtungen wie den Schulen oder innerhalb der Zivilgesellschaft bearbeitet werden. Die Lösung muss, wie der Global Governance-Ansatz verdeutlicht, als lokales und globales Mehrebenenprojekt gedacht werden. Soziale Auseinandersetzungen um den richtigen Weg werden erforderlich, um Klimaschutz voranzubringen. Einfache Programmatiken reichen dazu nicht aus.
- Gesellschaftliche Versuche der Lösung des Klimawandels können außerdem nicht-intendierte und unvorhergesehene Nebenfolgen auslösen, die zu einer Verschärfung der Krisendynamik führen. Klimapolitik ist also mit erheblichen Unsicherheiten konfrontiert.

2. Verdeutlichung der Problemlage durch ein Beispiel

Meist ist negativ formuliert von globalen Umweltproblemen, positiv formuliert von global zu schützenden Gütern, den sog. global public goods (Kaul et al. 1999) die Rede. Auch die Natur ist ein (global) public good, das nicht, wie andere public goods, mehr oder weniger aufwendig zu produzieren, wohl aber (nicht minder aufwendig) zu bewahren ist. Daraus leitet sich auch die Vorstellung ab, das der „globale Umweltraum“ begrenzt ist (vgl. die Studie des Wuppertal Institut 1996). Die Botschaften, die aus dieser Herangehensweise an „die Natur“ resultieren, sind eindeutig: Sie fordern zum Handeln auf, um gravierende umweltpolitische Probleme zu lösen, die im Zuge der temporeichen, ressourcenintensiven Globalisierung der Wirtschaft, die unter nicht nachlassendem Wettbewerbsdruck steht, noch verschärft werden. Solche Interpretationen greifen allerdings zu kurz, weil sie eine einheitliche Problemdefinition unterstellen sowie einen Automatismus zwischen Problemwahrnehmung und deren Lösung: Die komplexe gesellschaftliche Problemkonstitution bleibt bei einer solchen Betrachtung außer Acht. Beispielhaft für die gesellschaftlich dominante, aber verkürzte Problemwahrnehmung, ist die Äußerung von Klaus Töpfer, dem Chef des UN-Umweltprogramms (UNEP), im Vorfeld der COP6 in Bonn: „Ob der Kyoto-Vertrag kommt, hängt nicht von der einen oder der anderen Regierung, sondern von den Notwendigkeiten ab, und was notwendig ist, das kann man an den sich häufenden Extrem-Wetterlagen in der ganzen Welt ablesen“ (FR vom 27.11.2000).

3. Darstellung der Spezifika der sozial-ökologischen Forschung an diesem Beispiel

Dem steht die Erkenntnis der sozial-ökologischen Forschung entgegen: „Bekanntlich ist der Natur die ökologische Krise ziemlich egal; es sind die Menschen, die sie bewirken, von ihr betroffen sind und sie bewältigen müssen“ (Sachs 1998, S. 203). Die Grenze des Zumutbaren wird in diesem Kontext erst im gesellschaftlich-wissenschaftlichen Diskurs definiert – und von den Menschen, die den Klimawandel erforschen, politisieren, medial verarbeiten oder zu erleiden haben. Der eigentlichen, nicht-anthropozentrischen Grenzenlosigkeit der äußeren Natur stehen also subjektive bzw. menschliche Erfordernisse der Einhaltung von Grenzen zur Überlebenssicherung gegenüber. Aber auch diese Grenzen werden durch politische, sozio-ökonomische und kulturelle Interessen überformt, sind also alles andere als objektiv vorhanden und höchstens im Plural denkbar. Es ist jedenfalls unsinnig, von Natur und Gesellschaft nur im Singular zu reden. Besser eignet sich der Begriff „Multinaturalismus“, wie ihn Bruno Latour verwendet, weil wir es auch bei der Wahrnehmung (ebenso wie bei der Nicht-Wahrnehmung) der Natur mit einem Konglomerat von Motiven, Grundstimmungen, Überzeugungen, Interessen und Ambivalenzen zu tun haben.

Ausgangspunkt unserer Untersuchungen im Bereich des globalen Klimawandels war daher die These, dass kein einheitliches Problemverständnis der Klimaproblematik bei den Akteuren vorliegt, das sich unmittelbar in eine Problemlösung übersetzen ließe. Mit anderen Worten: Die naturwissenschaftlich festgestellte „Krise der Natur“, Katastrophenszenarien oder der Verweis auf ein globales Menschheitsproblem alleine reichen nicht aus, um den Klimaschutz zum Erfolg zu führen. Die politische Bearbeitung des Klimawandels beruht keineswegs auf einem einheitlichen Verständnis davon, welches globale Problem eigentlich gemeinsam auf welche Weise bearbeitet werden soll. Im Prozess des Politischen geraten Akteure mit ganz unterschiedlichen Problemdefinitionen und Interessen aneinander. Und hierbei setzen sich vor allem diejenigen Akteure durch, die politisch und von ihren Ressourcen her potent genug sind, um Einfluss auf die (internationale) Klimapolitik nehmen zu können. Auf diese Weise bildet sich ein spezifischer Umgang mit dem Problem heraus, der hegemonialen Charakter annehmen und alternierende Ansätze strukturell ausblenden kann. Genau dies hat in der internationalen Klimapolitik stattgefunden. Es ist also naiv anzunehmen, dass sich vermeintliche naturwissenschaftliche Notwendigkeiten direkt in gesellschaftlichem Handeln niederschlagen würden. Es wäre umgekehrt aber auch naiv zu meinen, dass nur die im Diskurs thematisierten Probleme der natürlichen Umwelt die Natur und deren Dynamik abbilden würden. Unabhängig von diskursiven Deliberationen verändert sich das Öko-System Erde – ob wir dies thematisieren oder nicht.

4. Beschreibung des spezifischen Beitrags, der aus dem Sondierungsprojekt erwartet wurde

Die vorliegende Studie hat die sozial-ökologische Problemlage im Bereich des globalen Klimawandels sondiert. Ziel war es, die komplexen Beziehungsmuster zwischen Gesellschaft und Natur im Bereich der Klimapolitik zu analysieren und Ansatzpunkte zu ihrer Transformation aufzuzeigen. Ein wichtiger Beitrag hierfür leistete das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Becker et al. 1991; Becker u. Jahn 1987; Jahn 1990; Jahn u. Wehling 1998). Das Konzept fragt nach der Gesamtheit der Prozesse, mit denen Gesellschaften die Beziehung zu „ihrer“ Natur formen und regulieren. Es berücksichtigt sowohl die materiell-stoffliche als auch die symbolisch-kulturelle wie die sozio-ökonomische Dimension der ökologischen Krise und zielt darauf ab,

„natur- und sozialwissenschaftliche Reduktionismen bei der Untersuchung komplexer ökologischer Krisenphänomene forschungspraktisch zu überwinden. Denn die Analyse der dynamischen Verflechtung von gesellschaftlichen Handlungsmustern, technischen Problemlösungen und ökologischen Wirkungsketten erfordert einen theoretischen Zugang, der diese Krisendynamik weder nur als anthropogene „Störung“ von Ökosystemen noch lediglich als kulturell bedingte „Innenweltprobleme“ zwischen System und Lebenswelt oder zwischen einfacher und reflexiver Moderne begreift“ (Jahn 1990, S. 80).

Mithilfe dieses Konzeptes konnten verengte Problemwahrnehmungen in der naturwissenschaftlichen Klimaforschung gleichermaßen als unzulänglich erkannt werden wie solche der sozial- und politikwissenschaftlichen Klimaforschung. Im Ergebnis können dadurch marginalisierte Problemlösungen wieder ins Blickfeld genommen und darauf aufbauend Chancen gesellschaftlicher Steuerung (Governanceregime) identifiziert werden. Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wurde durch Rückgriffe auf die Ansätze einer Global Governance und auf die Arbeiten Michel Foucaults vertieft. Am Ende steht eine Neuformulierung der internationalen Klimapolitik als sozial-ökologische Problemlage (siehe hierzu insbesondere Brunnengräber 2002) sowie ein Ausblick auf lohnenswerte Forschungsfragen, die sich aus dieser neuen Perspektive auf das Themenfeld ergeben (die Ergebnisse der Sondierung stellen auch die Grundlage für ein fünfjähriges Nachwuchsprojekt dar, das von Dr. Achim Brunnengräber bei der GSF/ BMBF beantragt wurde: „Global Governance und Klimawandel. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen, Risiken und Chancen sozial-ökologischer Transformation“; siehe aktualisierter Antrag vom 17. Oktober 2001).

5. Zusammenfassung der Ergebnisse des Sondierungsprojektes (Strukturierung des Forschungsfeldes: inhaltliche und methodische Schwerpunkte des weiteren Forschungsbedarfs und offene Fragen in strukturierter Form)

5.1. Stand der disziplinären Klimaforschung

Wir nähern uns der Beschreibung der sozial-ökologischen Problemlage im Bereich des Klimawandels, indem wir die Erkenntnisse der disziplinären Klimaforschung zusammen tragen und sie im Lichte der sozial-ökologischen Forschung interpretieren und bewerten.

Im Mittelpunkt der naturwissenschaftlichen Forschung steht die Beschreibung des globalen Klimawandels und seiner möglichen Folgen für Mensch und Biosphäre. Die These lautet, dass durch einen Anstieg der anthropogenen Treibhausgasemissionen (vor allem Kohlendioxid) in der Erdatmosphäre durch Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und Konsum die Abstrahlung von Wärme ins Weltall reduziert wird und es dadurch zu einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur kommt. In den letzten 100 Jahren soll die Erwärmung bereits 0,5 Grad betragen haben. Das IPCC prognostiziert darüber hinaus, dass die globale Durchschnittstemperatur im Verlauf der nächsten 100 Jahre zwischen 1,5-5,8 Grad Celsius ansteigen wird und dass aufgrund der thermischen Ausdehnung der Weltmeere mit einem Anstieg des Meeresspiegels um 0,09-0,88 Meter zu rechnen ist (IPCC Working Group I, 2001, S. 14, 16).

Wegen stärkerer Temperaturgefälle wird vom IPCC erwartet, dass extreme Wetterereignisse häufiger werden. Große Unsicherheiten umgeben hingegen mögliche Auswirkungen auf die Niederschlagsverteilung und auf die Meeresströmungen. Mit einer möglichen Verschiebung der Klimazonen gehen auch gravierende Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktivität bestimmter Regionen einher. Die Biodiversität ist in Gefahr, wo Klimaänderungen zu abrupt eintreten, um eine Wanderung oder Anpassung an das veränderte Klima zu gewährleisten. Mit der Ausbreitung tropischen Klimas droht auch eine Ausbreitung von bisher auf tropische Regionen beschränkten Infektionskrankheiten wie Malaria, Dengue-Fieber oder Schlafkrankheit. Aus dieser naturwissenschaftlich hergeleiteten Problembeschreibung wird in Wissenschaft und Politik zumeist direkt auf vermeintlich objektiv gegebene Grenzen der Natur und sich daraus ableitende Handlungsnotwendigkeiten geschlossen. Aus der Perspektive der sozial-ökologischen Forschung stellt dieser Schritt eine unzulässige Verkürzung dar, da auch die naturwissenschaftliche Beschreibung nicht „objektiv“, sondern an Werte gebunden und von Wissensbeständen abhängig ist, die in sozial (zumindest innerhalb der scientific community) konstruierten Paradigmen interpretiert werden.

Im Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Klimaforschung steht die gesellschaftliche Bearbeitung des als gegeben betrachteten „Klimaproblems“ im Rahmen der nationalen und internatio-

nenal Klimapolitik. Die im Bereich der politikwissenschaftlichen Klimaforschung dominante Regimetheorie interessiert sich für die Bedingungen von Kooperation zwischen Staaten und für möglichst effektive Formen von deren Institutionalisierung. Ausgehend vom Postulat der Notwendigkeit von Kooperation und von globalen Umweltinstitutionen werden die Interessenlagen der Nationalstaaten analysiert und effektive Formen eines möglichen Regimedesigns diskutiert. Dazu gehören z.B. die Schriften von Oberthür (1994) und Oberthür u. Ott (2000). Das sogenannte Klima-Regime setzt sich im wesentlichen aus dem 1988 in Toronto eingesetzten wissenschaftlichen Beratungsgremium IPCC, der 1992 in Rio de Janeiro unterzeichneten Klimarahmenkonvention sowie dem 1997 in seinen Grundzügen beschlossenen Kyoto-Protokoll zusammen. Erst neuerdings wurden auch Arbeiten vorgelegt, die die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs; Non-Governmental-Organizations) als Akteure transnationaler Klimapolitik ins Blickfeld politikwissenschaftlicher Analysen genommen haben (Walk u. Brunnengräber 2000). Die systematische Erforschung des Einflusses von Mehrebenenpolitik auf die gesellschaftliche Bearbeitung des „Klimaproblems“ ist bisher nur in Ausnahmefällen Gegenstand politikwissenschaftlicher Klimaforschung. Völlig unterbelichtet bleiben die Prozesse der Problemkonstitution im wissenschaftlichen und politischen Diskurs (Ingram et al 1992; Shackley u. Wynne 1996). Die Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Problemdefinitionen bleibt dadurch ebenso verdeckt wie Möglichkeiten sozial-ökologischer Transformationen, die auf konfliktiven Strategien neuer soziale Bewegungen oder einsamen Vorreiter-Strategien von Gewinner-Koalitionen beruhen.

Vielversprechende Ansatzpunkte für eine Analyse der Problemkonstitution sind hier Willy Viehövers (1997) Analyse des deutschen Mediendiskurses über den Treibhauseffekt und Cornelia Ulbert's (1997) Analyse des Einflusses von Ideen, Institutionen und Kultur auf die (inter-)nationale Klimapolitik in den USA und in Deutschland. Für unser Forschungsprojekt besonders instruktiv war die Analyse von Mark W. Lutes (1998), der in seinem Beitrag über die diskursive Konstruktion des globalen Klimawandels argumentiert:

„The agenda is being appropriated by state and corporate institutions more interested in maintaining profits and keeping the world safe for corporate capitalism, than in creating a world in which society and nature can reconcile their differences in a mutually supportive manner. To counter this tendency, we must pay close attention to the nature of particular constructions of the global warming issue, and directly or indirectly challenge those constructions. We must also promote alternative constructions and strategies for addressing the issue which can lead to progressive change.“ (Lutes 1998, S. 171)

Die ökonomische Klimaforschung hat es als ihren Auftrag definiert, Instrumente und win-win-Lösungen für die global kostengünstigste Umsetzung von politisch vorgegebenen Klimaschutzzielen zu erarbeiten (vgl. Loske 1996). Im Namen globaler Effizienz im Klimaschutz werden hier die Potenziale kostengünstiger Klimaschutzmaßnahmen im Süden nutzbar gemacht, um teure Transformationskosten im Norden zu umgehen. Ökonomische Analysen dominieren die Diskussion um die Instrumente des Kyoto-Protokolls, über deren genaue Ausgestaltung auf den Vertragsstaatenkonferenzen von Den Haag, Bonn und Marrakesch verhandelt wurde. Eine nachgelagerte Rolle spielen hingegen Konzeptionen von globaler Gerechtigkeit, die eine Transformation der Energiesysteme im Norden weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern als eine moralische Pflicht des Nordens definieren und die Kostenfrage diesem Gerechtigkeitsanspruch unterordnen (Agarwal u. Narain 1991).

Die soziologische Klimaforschung befasst sich mit den Voraussetzungen von Verhaltensänderungen der Menschen, um den Energieverbrauch des Sektors Haushalte zu reduzieren (Brohmann et al. 2000). Im Bereich der Umweltkommunikationsforschung steht hier die adressatengerechte Vermittlung von Wissen über das als gegeben betrachtete „Klimaproblem“ im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Die Umweltpsychologie befasst sich mit dem Verhalten, den Wertungen und Entscheidungen von Endnutzern. Sie hat einen substantiellen Beitrag im Bereich von „high-cost decisions“ (z.B. Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte) als auch „low-cost decisions“ (z.B. Zurückhaltung im Energieverbrauch, energiebewusstes Handeln) geleistet (Linneweber 1995). Psychologische Studien befassen sich darüber hinaus mit der beobachtbaren Kluft zwischen Wissen und Handeln bei über das Klimaproblem „aufgeklärten“ Menschen (UBA 2000). Wenig Beachtung findet bisher der Genderaspekt und die kulturelle Verankerung des individuellen Energieverhaltens und seine Bedeutung für die Identitätsbildung und soziale Differenzierung. Vielversprechende Ansatzpunkte finden sich hier in den Arbeiten über den Zusammenhang von Lebensstilen und Energieverhalten (Reusswig 1994).

5.2. Die Defizite der existierenden Klimaforschung

Fassen wir zusammen: Der globale Klimawandel und seine gesellschaftliche Bearbeitung in der (inter-) nationalen Klimapolitik weisen eine Reihe von Merkmalen auf, die wissenschaftliche Bearbeitungsformen notwendig machen, die über disziplinäre Grenzen hinwegreichen. Ein Beitrag unseres Sondierungsprojektes liegt darin, auf die zentralen Defizite der existierenden Klimaforschung hinzuweisen.

An der naturwissenschaftlichen Klimaforschung kritisieren wir Versuche, aus der naturwissenschaftlichen Diskussion hergeleitete „Grenzen“ des Umweltraums und daraus abgeleitete Handlungsnotwendigkeiten als objektiv und absolut darzustellen. Stattdessen machen wir darauf aufmerksam, dass diese Grenzen immer auch gesellschaftlich konstruiert sind. Eine genauere Auseinandersetzung mit naturwissenschaftlichen Ansätzen müsste freilich differenzieren. Denn gerade von naturwissenschaftlicher Seite ist in den vergangenen Jahren der Versuch gemacht worden, Anschlüsse an die sozialwissenschaftlichen Diskurse zu artikulieren (vgl. etwa die Ausführungen von Hans-Peter Dürr (1998), der als Physiker eine werttheoretische Formulierung des gesellschaftlichen Umgangs mit der Natur entwickelt hat). Die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Emissionen aus den Industrie- und Entwicklungsländern lässt sich nicht objektiv bestimmen – die Grenze des Zumutbaren wird auch im gesellschaftlich-wissenschaftlichen Diskurs definiert, unter Mitwirkung der Menschen, die am Klimawandel forschen, ihn politisieren, ihn medial verarbeiten, an ihm verdienen oder ihn zu erleiden haben.

Problematisch ist aber nicht nur, wie eine sozial-ökologische Problemlage thematisiert wird, sondern ob überhaupt. Gerade die Abwesenheit eines Diskurses über eine sozial-ökologische Problemlage kann ein zentrales Problem sein. Die Frage ist dann aber, wie nicht-thematisierte Umweltprobleme zum Thema werden oder wie und warum sie mit welchen „Mechanismen“ verdrängt werden. Die hegemonialen Diskurse können die Wahrnehmung und Bearbeitung von sozial-ökologischen Problemlagen verhindern; sie verlieren damit aber nicht ihre Bedeutung und ihre Bedrohlichkeit. Nicht zuletzt sind der diskursiven Konstruktion von Natur auch Grenzen gesetzt.

Es verbleiben immer Unschärfen, Unsicherheiten und Zonen des Nicht-Erfassbaren. Schließlich sind diese Grenzen jedoch in steter Bewegung. So verändert allein die bewusste Reflektion über die gesellschaftlichen Naturverhältnisse unseren Umgang mit und unsere Wahrnehmung von Gesellschaft und Natur und hat immer zugleich auch eine transformatorische Wirkung. Notwendig ist also ein dynamisches Konzept von gesellschaftlichen Naturverhältnissen im Wandel.

Im Bereich der politikwissenschaftlichen Klimaforschung kritisieren wir, dass der globale Klimawandel als Faktum vorausgesetzt und von einem einheitlichen, scheinbar gesicherten Problemverständnis ausgegangen wird. Die existierenden Analysen konzentrieren sich auf die Frage, warum das eindeutig vorhandene Problem nicht effektiv politisch bearbeitet wird. Dem setzen wir ein Politikverständnis entgegen, bei dem Kämpfe zwischen verschiedenen Deutungsmöglichkeiten des Problems ein zentraler Bestandteil der sozial-ökologischen Problemlage sind und damit eine wichtige Stellung im Forschungsprozess einnehmen müssen (Lutes 1998).

Im Bereich der ökonomischen Klimaforschung kritisieren wir die Verengung der Debatte auf die Frage nach Instrumenten und globaler Kosteneffizienz. Mehr Beachtung sollte den Verteilungs- und Gerechtigkeitsimplikationen eines solchen Instrumenteneinsatzes zukommen (Missbach 1999). Im Rahmen von sozial-ökologischer Forschung ist ökonomische Effizienz nur eines unter vielen gewichtigen Kriterien bei der Regulation des Klimawandels. Auch wäre der Frage nachzugehen, welchen Beitrag eine „thermodynamische“ Ökonomie (Altvater 1992; Georgescu-Roegen 1971; Martinez-Alier 1987) zur ökonomischen Analyse ökologischer Problemlagen leisten kann und warum dieses ökonomietheoretische Paradigma sich gegenüber der vorherrschenden Neoklassik bisher nicht hat durchsetzen können.

Im Bereich der soziologischen Klimaforschung dominierten bis vor kurzem Ansätze der Umweltpädagogik und Umweltkommunikation, die auf eine möglichst effektive Verbreitung von Informationen über den Treibhauseffekt abzielen. Diese Anstrengungen zur Aufklärung der Bevölkerung wurden jedoch untergraben von Studien, die eine als überraschend bewertete Kluft zwischen Umweltbewusstsein und umweltfreundlichem Verhalten aufzeigten (UBA 2000). Wir bewerten Ansätze aus dem Bereich der Lebensstilforschung als aussichtsreicher, die das Energieverhalten der Menschen als Ausdruck von tief verankerter Identität und Kultur interpretieren. Verhaltensänderungen müssen aus dieser Perspektive heraus immer eingebettet sein in breitere kulturelle Transformationsprozesse und die Generierung neuer Deutungsmuster (Reusswig 1994).

5.3. Rekonzeptualisierung der internationalen Klimapolitik als sozial-ökologische Problemlage

Sozial-ökologische Forschung versteht sich als Alternative zu herkömmlichen bzw. dominanten sozial- und naturwissenschaftlichen Analysen sozial-ökologischer Problemlagen. Diese herkömmlichen Analysen zeichnen sich durchweg dadurch aus, dass sie ein von der Gesellschaft vermeintlich isoliertes „Umweltproblem“ identifizieren und naturwissenschaftlich beschreiben, um dann in einem zweiten Schritt auf der Basis vermeintlicher naturwissenschaftlicher Notwendigkeiten gesellschaftliche Lösungsstrategien zu entwickeln. Die Lösungsstrategien zielen in der Regel da-

rauf ab, neue Institutionen zu schaffen, die speziell für die Lösung der identifizierten Umweltprobleme zuständig sind (z.B. Umweltministerien, Umweltbeauftragte oder eine Weltumweltorganisation). Unberücksichtigt bleibt in solchen Analysen meist der Beitrag der (bereits bestehenden) formellen und informellen gesellschaftlichen Institutionen am Prozess der Problemkonstituierung. Die Frage nach den institutionell verankerten Wechselwirkungen zwischen Natur und Gesellschaft, wird zumeist nur sehr oberflächlich und verkürzt analysiert. Wissenschaftstheoretisch betrachtet gehen herkömmliche Analysen von einem objektiv gegebenen und naturwissenschaftlich eindeutig beschreibbaren Umweltproblem aus und leiten daraus gesellschaftspolitische Handlungsnotwendigkeiten ab.

Sozial-ökologische Forschung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einige der Leerstellen herkömmlicher Analysen von Umweltproblemen zu füllen, da eine ganze Reihe von – aus sozial-ökologischer Perspektive zentralen – Lösungsstrategien gar nicht aufgezeigt werden können. Ziel der sozial-ökologischen Forschung ist es also, durch eine Neubeschreibung von Umweltproblemen als sozial-ökologische Problemlagen ein Spektrum bisher marginalisierter oder unbeachteter Lösungsstrategien wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Im Rahmen unserer Sondierungsstudie haben wir drei vielversprechende konzeptionelle Zugänge für die weitere Anwendung im Feld der Klimaforschung aufgegriffen, wobei der erste Zugang als „Brückenkonzept“ und die beiden anderen der Vertiefung des Problemfeldes dienen sollen.

1. das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse
2. das Konzept der Global Governance
3. die Arbeiten von Michel Foucault

Nachfolgend sollen die drei Ansätze kurz vorgestellt, ihre Bedeutung für die internationale Klimapolitik aufgezeigt und weitere Forschungsfragen aufgeworfen werden. Wir sind uns dabei im Klaren, dass wir mit der Auswahl dieser Ansätze den Diskurs um gesellschaftliche Naturverhältnisse nicht in seiner Breite ausloten können. Deshalb sei auf einige Auslassungen hingewiesen: Wir beschäftigen uns nur punktuell mit ökonomietheoretischen Ansätzen (etwa mit der Ressourcenökonomie oder der thermodynamischen Ökonomie). Wir gehen nicht auf Ansätze einer marxistischen Ökologie ein (etwa auf die von James O'Connor Ende der 80er Jahre ausgelöst Debatte um neue Widersprüche im Kapitalismus angesichts der ökologischen Krise). Wir verzichten in diesem Kontext auch auf eine lohnende Diskussion der feministischen Ansätze zur Analyse der Krisen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Und wir beschäftigen uns nicht mit der „deep ecology“, obwohl die Auseinandersetzung damit wichtige Einsichten in die Entstehung und Entwicklung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bieten würde (vgl. dazu die gerade vorgelegte Inauguraldissertation von Johannes Dingler: Postmoderne und Nachhaltigkeit – Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktion von nachhaltiger Entwicklung).

5.4. Die Neufassung der sozial-ökologischen Problemlage mit Hilfe des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Der ubiquitäre Treibhauseffekt lässt die begriffliche Abgrenzung von Umwelt und Gesellschaft nicht mehr zu, geschweige denn, dass seine – im Einzelnen gar nicht vorhersehbaren – Auswirkungen kontrollier- oder beherrschbar wären. Die Menschen selbst, vor allem diejenigen in den reichen Industrieländern, tragen durch die Nutzung fossiler Energieträger zum Treibhauseffekt bei. Überschwemmungen, Stürme oder Dürrekatastrophen sind daher systemimmanente oder innere Risiken. Noch drastischer formuliert: Menschen und Gesellschaften werden von den Geistern bedroht, die sie selbst gerufen haben. Mit anderen Worten: Dem Klimawandel liegen gesellschaftliche Naturverhältnisse zugrunde, d.h. ein widersprüchliches und problematisches Geflecht aus Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur.

Deshalb kann auch aus einer „katastrophistischen Problemwahrnehmung“ nicht der Zwang zur vernünftigen Gestaltung der Naturverhältnisse abgeleitet werden. Vielmehr muss der Zusammenhang zwischen „natürlicher“ Problematik und „gesellschaftlichen“ Umstrukturierungen als zentrale Dimension der ökologischen Krise verstanden werden. Denn der Klimawandel ist tief in gesellschaftliche Strukturen wie die Produktions- und Konsumweise, den Nord-Süd-Konflikt oder das Mobilitätsverhalten eingeschrieben. Er wird in vergesellschafteter Form bearbeitet, wahrgenommen und symbolisiert, d.h. die Krise ist sozial, politisch, ökonomisch und kulturell geprägt. Der Klimawandel ist daher auch keine Umwelt-, sondern eine Gesellschaftskrise. Und Klimapolitik – wie alle anderen Bereiche, in denen es um Lastenteilung und die Probleme der Aneignung der Natur geht – regiert keineswegs nur auf objektiv bestehende Umweltveränderungen. Sie ist interessengeleitet und wird zugleich von Herrschafts- und Machtverhältnissen überformt.

Forschungsfragen im Bereich gesellschaftliche Naturverhältnisse:

- Wie lässt sich das Konzept „Gesellschaftliche Naturverhältnisse“ im Rahmen von Klimawandel und Klimapolitik zu einem tragfähigen theoretischen Brücken-Konzept weiterentwickeln?
- Inwiefern kann das Konzept einen theoretischen Rahmen bieten für die interdisziplinäre Forschung bzw. umgekehrt durch die interdisziplinäre Forschung weiterentwickelt werden?
- Welche spezifischen Ausprägungen hat das Konzept im Konfliktfeld Klima im Unterschied etwa zum Thema „Biodiversität“?
- Gibt es ein „natürliches Gesellschaftsverhältnis“?
- Wo liegen die Grenzen der Konstruktion der gesellschaftlichen Natur?
- Was heißt Nachhaltigkeit im Hinblick auf gesellschaftliche Naturverhältnisse und natürliche Gesellschaftsverhältnisse in den verschiedenen Konfliktfeldern?

5.5. Die Beschreibung neuer Steuerungsoptionen im Bereich der Klimapolitik mit Hilfe des Konzepts der Global Governance

Bekannt wurde der Global Governance-Ansatz durch die Commission on Global Governance (CGG), die sich nach dem Ende der Blockkonfrontation und im Hinblick auf neue globale Probleme Fragen zur Regierbarkeit der Welt stellte. Der Ansatz der CGG ist von der Beobachtung

geprägt, dass die Problembearbeitung durch die Verknüpfung der unterschiedlichen Interessenlagen und in einem dynamischen und komplexen Prozess interaktiver Entscheidungsfindung auf möglichst allen Handlungsebenen erfolgen soll. Er wurde in Deutschland vor allem vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) aufgegriffen und weiterentwickelt:

„Global Governance ist ein Ansatz für die Bearbeitung globaler Probleme von zunehmender Komplexität und Interdependenz. Für Global Governance ist der dialogische und kooperative Prozess konstitutiv, der die verschiedenen Handlungsebenen entlang der Achse lokal-global sowie AkteurlInnen aus unterschiedlichen Bereichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenführt und vernetzt. Global Governance als Mehrebenenpolitik geht somit analytisch und normativ über den Ansatz internationaler Regime hinaus, die zur Bewältigung globaler Probleme die internationale Verregelung auf Staatenebene vorsehen“ (SEF Policy-Paper 14, S. 4).

Der Ansatz soll der Komplexität Rechnung tragen, die sich im Prozess der Globalisierung durch Steuerungsprobleme, Demokratie- und Legitimationsdefizite, Koordinationsprobleme der Mehrebenenpolitik, Blockaden durch asymmetrische Machtstrukturen oder Verhandlungsblockaden bei zentralen Entscheidungsprozessen ergibt. Daraus lässt sich eine weitere Präzisierung des Begriffs ableiten: Global Governance ist ein Instrumentarium, um die politischen, sozio-ökonomischen und sozial-ökologischen Prozesse der Globalisierung empirisch-analytisch und zeitdiagnostisch zu erfassen. Es geht hierbei um die Identifizierung und Analyse von gesellschaftlichen und sozial-ökologischen Transformationsprozessen, die mit den herkömmlichen sozialwissenschaftlichen Kategorien nicht mehr erfasst werden können.

Dort wo Markt und Staat versagen, sollen innovative Steuerungsleistungen durch neue Akteurskonstellationen erzielt werden. Sie werden als Global Governance bezeichnet und stellen u.a., so das politisch-pragmatische Konzept, eine neue Form der Regulierung sozial-ökologischer Krisen dar, die darauf ausgerichtet sind, die staatlichen Kompetenzverluste durch neue institutionelle Einbettungen aufzufangen. Sie werden auf Grund der Heterogenität der Problemkonstitution erforderlich und bilden sich durch neue strukturelle Arrangements und Prozessformen für die Bearbeitung komplexer Krisen gesellschaftlicher Naturverhältnisse aus. Zugleich stellen sie eine Antwort auf die Globalisierung dar, die sich auch durch neue Interaktionen verschiedener Akteure, durch die politischen Wechselwirkungen zwischen lokalen, nationalen und internationalen Handlungsebenen und die dort behandelten Problemstellungen ergeben. Die Klimakrise erscheint aus dieser Perspektive als Problem der Systemintegration, die nun auf neue Weise (unter Bedingungen verschiedener Handlungsebenen, Handlungslogiken und Akteure) zu leisten ist.

Interdisziplinäre und begleitende Forschung kann dazu beitragen, dass angemessene Verfahren gefunden werden, um nur schwer prognostizierbare Global Governance-Entwicklungen und -wirkungen mitzugestalten. Dabei werden Kommunikation, Kooperation und neue Partizipationsformen eine immer größere Bedeutung erlangen. Dass hierfür soziale und innovative Institutionen für gesellschaftliche Such-, Lern- und Entscheidungsprozesse ebenso wie neue Formen der Mehrebenenpolitik erforderlich sind, steht außer Frage. Mindestens drei Gründe sprechen dafür: Beim Klimaproblem geht es erstens um ein langfristiges strukturell-ökonomisches, sozio-kulturelles und sozio-ökologisches Problem. Zu hoher Energie- und Materialdurchsatz der fossilen und atomaren Wirtschaft, Ressourcen strapazierende Konsum- und Lebensstile sowie schwerwiegende, teils irreversible Schädigungen der Ökosysteme wirken auf komplexe Weise ineinander. Dementsprechend

sind weitreichende sozial-ökologische Transformationsprozesse erforderlich, die von internationalen Verhandlungen angestoßen, aber im Detail nicht vorgegeben werden können.

Zweitens ist die Klimapolitik längst kein ausschließlich staatliches Unterfangen mehr, bei dem auf internationaler Ebene Maßnahmen entschieden werden, die national nur noch zu implementieren sind. Da hierdurch viele gesellschaftliche Bereiche positiv wie negativ betroffen sind, nehmen auch die Privatwirtschaft und ihre Interessenverbände, Gewerkschaften und NGOs Einfluss auf die internationalen Verhandlungen oder ergreifen unabhängig davon Eigeninitiative. Die politischen Dimensionen und Wirkungen dieser Denationalisierungstendenzen und neuen Akteurskonstellationen sind in der Klimapolitik noch nicht hinreichend berücksichtigt und analysiert worden.

Drittens bleibt die Klimapolitik nicht auf die nationalstaatliche und internationale Handlungsebene und die dort angesiedelten Institutionen beschränkt. Sie wirkt vielmehr in einem komplexen und wechselseitigen Prozess von der lokalen und der nationalen Ebene bis zur regionalen und internationalen Ebene. Die Interdependenz der Ebenen, die sich als „Glokalisierung“ umschreiben lassen, sind bisher noch nicht ausreichend berücksichtigt worden, ebenso wenig wie die neuen Schnittstellen, die sich zwischen diesen Ebenen als neue Handlungsfelder eröffnen.

Diese drei Bereiche aus Problemkomplexität, Denationalisierung und Pluralisierung der Akteursbeziehungen müssten in einem transdisziplinär angelegten Forschungsvorhaben unter Verwendung der Mehrebenenanalyse und unter Bezugnahme auf Global Governance für den Bereich der Klimaschutz-Problematik bearbeitet werden (siehe oben erwähnten Nachwuchsgruppenantrag zur Sozial-Ökologischen Forschung des BMBF). Der Begriff lässt sich jedenfalls mit Gewinn auf den Klimawandel und die Klimapolitik übertragen, weil er realitätsnahe Problemanalysen ermöglicht und diese begrifflich verdichtet. Er reflektiert die Verzahnung der verschiedenen räumlichen Handlungsebenen lokal-national-international, die erforderlich wird, wenn Klimaschutz zu einem nachhaltigen Projekt ausgeweitet werden soll. Er ermöglicht die Analyse ganz unterschiedlicher regional-lokaler Praktiken, die notwendig werden, weil die regionalen Auswirkungen des Klimawandels ganz unterschiedlich sind. Er berücksichtigt die netzwerkförmigen Kooperationsformen und Interdependenzen unter den Akteuren (NaturwissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, Industrielobby, Gewerkschaften, Umweltbewegung etc.), die in der Klimapolitik aktiv sind, und schließlich die Komplexität der sozial-ökologischen Problemstruktur, die der politischen Bearbeitung des Klimawandels zugrunde liegen.

Forschungsfragen im Bereich „Global Governance“:

- Global Governance ist einerseits ein deskriptives theoretisches Konzept zur Beschreibung von Prozessen nicht-hierarchischer Steuerung im globalen System. Andererseits ist es ein normativ geladenes, politisch-strategisches Projekt, das die Re-Regulierung der Weltwirtschaft zum Ziel hat. Wie können diese beiden Ansätze auf die Klimapolitik übertragen und der praktische wie theoretische Mehrwert des Ansatzes herausgearbeitet werden?
- Inwiefern wird die internationale Klimapolitik, verstanden als vorwiegend staatliches Projekt, durch das Entstehen von Global Governance transformiert bzw. in ihrer Bedeutung in Frage gestellt?
- Welche Rolle spielen neue Akteure (z.B. NGOs), privatrechtliche Parallelstrukturen (Business Council for a Sustainable Energy Future, e5), andere internationale Regime (WTO, IWF) für Glo-

bal Governance im Konfliktfeld Klima?

- Auf welche Legitimationsdefizite stellt Global Governance eine Antwort dar bzw. welche neuen Legitimationsdefizite entstehen durch die Herausbildung von Global Governance?
- Wem dient die Transformation von Governance-Strukturen im Sinne eines Machtzuwachses?
- Wie verändern sich die Steuerungsmöglichkeiten der einzelnen Akteure? Inwiefern wird die wettbewerbsorientierte Steuerung durch Märkte und die hierarchische Steuerung des Staates durch netzwerkförmige Kooperationen unter Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure ergänzt oder untergraben?
- Welche Wechselwirkungen und Interdependenzen bestehen in der Klimapolitik zwischen den verschiedenen Ebenen (lokal, regional, national, supranational) und welche Aussagen über Global Governance lassen sich daraus ableiten?

5.6. Der diskursanalytische Beitrag von Michel Foucault

In diesem Abschnitt soll vor allem auf der Basis der Arbeiten von Michel Foucault ein vielversprechender Ansatz für eine methodologische Operationalisierung des Konzeptes gesellschaftliche Naturverhältnisse aufgezeigt werden. Auch bei der Vorstellung der Foucault'schen Kategorien ist zu berücksichtigen, dass alternative, und zum Teil konkurrierende diskurstheoretische Ansätze (Popper, Kuhn, Fleck, Habermas u.a.) diskutiert werden müssten, um unserem Anliegen, theoretisch gehaltvoll Ansätze zur Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu gewinnen, gerecht zu werden.

5.6.1. Wahrheitsproduktion im Wettstreit konkurrierender Realitätsdeutungen

In seinen Arbeiten hat Michel Foucault gezeigt, wie die Mechanismen und Kriterien, nach denen Forschungsergebnisse von der Gesellschaft als „Wahrheiten“ akzeptiert wurden, über die Jahrhunderte hinweg einem steten Wandel unterlagen. Was eine „korrekte“ Problembeschreibung ausmacht, ist also historisch kontingent. Foucault hat ein Instrumentarium entwickelt, das es erlaubt, gesellschaftliche Wahrheitsproduktion als steten Wettstreit konkurrierender Realitätsdeutungen zu begreifen, die durch ihre handlungsorientierende Wirkung zugleich auch realitätskonstituierende Wirkung entfalten. Um zu erklären, welche Realitätsdeutungen Wahrheitsgehalt zugesprochen bekommen, ist es nach Foucault entscheidend, die historische Einbettung dieser Interpretationen zu analysieren.

5.6.2. Foucaults Konzeption von Macht

Für die theoretische Beschreibung der Wirkmechanismen von Macht und Herrschaft bediente sich Foucault einer neuen Konzeption, die er in drei Stufen fortentwickelte. Ausgangspunkt war die auch in anderen Kontexten vertraute Erkenntnis, dass Wissen und Macht untrennbar miteinander verwoben sind. In seinen frühen Studien befasste sich Foucault vor allem mit der Frage, wie Wahrheitsproduktion vonstatten geht, wie also bestimmte Realitätsdeutungen den Status von „Wahr-

heit“ erlangen, während (zu jedem historischen Zeitpunkt vorhandene) alternative Deutungsangebote marginalisiert werden. Foucault konzentrierte sich in dieser Phase darauf, die in bestimmten Epochen einflussreichen Diskurse und ihre strukturierende Wirkung auf verschiedene gesellschaftliche Sektoren zu dokumentieren. Daran schließt sich sogleich die Frage an, wie sich „herrschaftliche“ und „marginalisierte“ Diskurse jeweils und im Wechselverhältnis reproduzieren. Ein erste Antwort lautet: gesamtgesellschaftliche Herrschaftsbeziehungen werden erst durch das Alltagshandeln der Menschen von der handlungsleitenden (keineswegs immer bewussten) Rationalität zur Praxis. Macht wird konzeptionell nicht länger vor allem bei den Mächtigen verortet und als Repression einseitig auf Unterdrückte ausgeübt. Im Gegenteil – an die Stelle der herkömmlichen Konzeption von Macht als Einbahnstraße tritt ein Netz von wechselseitigen Machtbeziehungen. Die Mächtigen sind nur mächtig, solange die Menschen ihnen legitime Macht zusprechen und das eigene Verhalten den Vorgaben der Mächtigen unterordnen. Foucault hat wie schon vor ihm Nicolo Machiavelli und Antonio Gramsci (vgl. die verstreuten, aber umfänglichen und luziden Ausführungen in den „Gefängnisheften“) den produktiven und damit auch positiven Charakter der Macht erkannt und benannt. Macht ist für Foucault eine neutrale Bezeichnung für die Wirkmechanismen, die die Dinge in unseren Gesellschaften bewegen. Diese Wirkmechanismen hat Foucault mit dem Konzept des Diskurses beschrieben. Ein Diskurs besteht dabei immer aus einer Reihe von Grundannahmen und Rationalitäten, die Handlungsorientierungen und zugehörige Praktiken hervorbringen. Diese Rationalitäten und Praktiken können gleichermaßen für die Entfaltung oder Unterdrückung einer Person wirksam werden. Die jeweils dominanten Diskurse formen ein System der Macht, das als Herrschaft beschrieben werden kann und das durch seine Hegemonie unterdrückerische Wirkung auf konkurrierende Deutungsmuster von Realität ausübt, jedenfalls sofern es ihnen Legitimität abspricht. Für Foucault ist es ein Merkmal unserer abendländischen Kultur, dass jede konkurrierende Deutung einen alleinigen Anspruch auf „Wahrheit“ mit sich führt. Hier verortet Foucault auch das emanzipatorische Potential von poststrukturalistischen Ansätzen, die auf solche alleinigen Geltungsansprüche zugunsten einer konstruktivistischen Ontologie verzichten (wonach es keine absolute Wahrheit geben kann).

Hier liegt auch das von Foucault identifizierte emanzipatorische Potential jedes einzelnen, nämlich durch einfaches Ausüben alternativer Verhaltensmuster die Reproduktionsschleifen der Macht der Mächtigen auszuhöhlen. Foucault interessierte sich in diesem Zusammenhang für die Überwachungstechniken, derer sich die Mächtigen bedienen, um eine stete Reproduktion ihrer Herrschaft zu sichern und Verstöße sanktionieren zu können. Die Ausübung von Herrschaft hat sich laut Foucault im Verlauf der Geschichte von offensichtlichen Repressionstechniken wie Krieg und Folter hin zu immer subtileren Überwachungstechniken entwickelt, die dafür sorgen, dass die Menschen durch Selbstzüchtigung zum effektivsten Unterdrücker oder Ausbeuter ihrer selbst geworden sind. Durch sogenannte Technologien des Selbst verinnerlicht der einzelne die unhinterfragten Grundannahmen dominanter gesellschaftlicher Diskurse und übernimmt die dazugehörigen alltäglichen Praktiken.

5.6.3. Gesellschaftliche Naturverhältnisse als diskursiv eingebettete Praktiken

Die Diskursanalyse nach Foucault bietet sich zur Beschreibung gesellschaftlicher Naturverhältnisse an. Ein Diskurs ist eine Realitätsbeschreibung, die durch die Wahl ihrer Kategorien, deren hand-

lungsorientierender Wirkungen und die dazu gehörigen Praktiken Realität aktiv entsprechend ihrer Kategorien zu (re)produzieren versucht. Wie das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse verfügt auch das analytische Konzept des Diskurses über eine symbolische (die Rationalitäten) und eine materielle Komponente (die Praktiken). Das Instrumentarium der Diskursanalyse erlaubt es, verschiedene gesellschaftliche Naturverhältnisse als verschiedene Diskurse oder Diskursstränge zu klassifizieren. Dabei ist es möglich und notwendig, die historische Einbettung dieser gesellschaftlichen Naturverhältnisse in übergeordnete Meta-Diskurse (wie z.B. den Neoliberalismus-Diskurs) vorzunehmen. So kann die historische Genese konkurrierender gesellschaftlicher Naturverhältnisse als Geschichte von historisch spezifischen Diskurskonstellationen nachgezeichnet werden. Die Reproduktion gesellschaftlicher Naturverhältnisse wird mit dem analytischen Werkzeug der Diskursanalyse im Alltagshandeln der Menschen verortet, das sich unter den Bedingungen bestimmter historischer Diskurskonstellationen abspielt.

Das Konzept der Diskursanalyse ermöglicht eine Kritik an herkömmlichen Konzeptualisierungen von sozial-ökologischen Problemlagen als isolierte Umweltprobleme, da es die Möglichkeit einer objektiven naturwissenschaftlichen Problembeschreibung durch die konstruktivistische Ontologie grundsätzlich verneint. Stattdessen eignet sich die Diskursanalyse gut dazu zu zeigen, dass die Lösungsstrategien und an ihr zu beteiligenden Akteure je nach problembeschreibendem Diskurs völlig unterschiedlich ausfallen.

„Risiken folgen also nicht unmittelbar aus der industriell-gesellschaftlichen Realität, sondern sie repräsentieren eine Form des Denkens der Realität – mit dem Ziel, sie „regierbar“ zu machen. Auf der Grundlage dieser Risiko-Rationalität lassen sich mögliche Subjekte von Interventionen bestimmten und Gegenstände wie Grenzen „legitimen“ Handelns festlegen“ (Lemke et al. 2000, S. 22).

5.6.4. Governance und Gouvernementalität

Foucaults Begriffe können auch zur Analyse der Möglichkeiten gesellschaftlicher Steuerung mit Erkenntnisgewinn genutzt werden. Schon zwanzig Jahre vor dem Aufkommen der Diskussion um „Governance“ und dem Mitwirken neuer Akteure am Regieren jenseits des Staates hat Foucault ausführlich dargelegt, dass Regieren schon immer aus einer Wechselwirkung zwischen Politik und Bevölkerung bestand, die eine klare Einteilung in Regierende und Regierte wenn nicht hinfällig, so doch blind für die Wirkmechanismen von Regierung macht. Gerade der Trend weg von offensichtlich repressiven (z.B. Polizeigewalt) hin zu informellen Formen der Regierung/Steuerung macht es erforderlich, eine theoretische Beschreibung dieser weichen Steuerungsformen zu leisten. Foucault hat den Begriff der „Gouvernementalität“ geprägt, um dieses Wechselspiel gesellschaftlicher Steuerung zwischen Individuum und gesellschaftlichen Institutionen analytisch neu zu fassen. Dazu führt Foucault das Konzept der „Technologien des Selbst“ ein: So

„definieren sich „Technologien des Selbst“ darüber, dass sie es „Individuen ermöglichen, mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren Körpern, mit ihren eigenen Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen“ (Foucault 1984, S. 35f.)“ (zitiert nach Lemke et al. 2000, S. 28-29).

Für Foucault ist es gerade das Wechselspiel zwischen den „Technologien des Selbst“ auf der Mikro-Ebene und den Herrschaftstechniken des Staates auf einer Makro-Ebene, das Regieren ausmacht. Eine besondere Stärke des Ansatzes von Foucault liegt also darin, dass er die Wechselwirkung zwischen Makro- und Mikro-Ebene theoretisch elegant zu beschreiben vermag. Auch der ganze Bereich der informellen Politik ist mit diesem Konzept gut erfassbar.

5.6.5. Widersprüchlichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation

Foucaults Instrumentarium eignet sich darüber hinaus zu einer differenzierten Betrachtung von Prozessen, die gemeinhin unter dem Schlagwort des „Politikversagens“ abgehandelt werden. Foucault weigert sich, Politikversagen als Prozess des Scheiterns bei der Umsetzung eines Programms zu beschreiben. Stattdessen interessiert sich Foucault für die unintendierten Effekte des Scheiterns, für ihre Wiedernutzbarmachung in Form strategischer Wiederauffüllung des „gescheiterten“ Dispositivs. Gerade in diesen positiven Wendungen von vermeintlichem Scheitern, gerade in den Bedeutungsbrüchen und Widersprüchlichkeiten der Umsetzung von Programmen vermutet Foucault eine zentrale Bedingung ihres Funktionierens:

„Die Rekonstruktion dieser „strategischen“ Dimension in der Analyse ermöglicht es, Konflikte und Widerstände gegen Rationalitäten und Technologien genauer in den Blick zu nehmen. Diese sind nicht auf einen „Zwischenraum“ beschränkt, der die Ausarbeitung eines Programms von seiner (gescheiterten) Implementierung trennt. Kämpfe und Widerstände finden nicht nur „zwischen“ Programmen und ihren Umsetzungen statt; sie „verzerrern“ weniger die „ursprünglichen“ Programme, sondern gehen bereits in die Programme ein bzw. sind immer schon Teil ihrer „Realisierung““ (Lemke et al. 2000, S. 23).

Die Analyse von Blockaden bei Versuchen politischer Steuerung darf also nicht isoliert von der Programmformulierung stattfinden. Die in der Policy Analysis übliche saubere Differenzierung zwischen Phasen eines policy cycle ist einem Foucaultschen Politikverständnis wenn nicht diametral entgegengesetzt, so doch unzutraglich.

Forschungsfragen im Bereich „Diskursanalyse“:

- Wie bzw. warum gelang es einigen Diskursen, im Prozess der Konstitution des Problems, seiner Lösungen und der Interessen der beteiligten Akteure eine gewichtigere Rolle zu spielen als andere?
- Inwiefern strukturiert dieser Prozess der Problemwahrnehmung bzw. Problemkonstitution bereits, welche Lösungswege in welcher Form zur Verfügung stehen?
- Welche naturwissenschaftlichen Deutungsmöglichkeiten von Umweltproblemen liegen vor und auf welchen Werten, Natur- und Menschenbildern und Wissenschaftsverständnissen beruhen diese?
- Wie kann die Anschlussfähigkeit von diskursanalytischen Ansätzen einerseits und diversen Institutionentheorien andererseits verbessert werden?
- Wie kann sicher gestellt werden, dass eine Diskursanalyse nicht bei der Kritik stehen bleibt, sondern Handlungsempfehlungen generiert?

6. Fazit

Was lehrt uns die Beschäftigung mit dem Klimawandel, der (internationalen) Klimapolitik und den gesellschaftlichen Naturverhältnissen? Die Beschreibung sozial-ökologischer Problemlagen ist mit einer Reihe von Schwierigkeiten behaftet. Nach der Dekonstruktion von natural disasters und ihrer Neufassung als man-made disasters bleibt die Frage nach den heute nicht wahrgenommenen, nicht thematisierten und morgen möglicherweise faktischen neuen Erscheinungsform der Krise der Natur und wie diese sich als Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse darstellen. Es bleibt die Frage, ob dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse vielleicht das der natürlichen Gesellschaftsverhältnisse konzeptionell hinzugefügt werden müsste. Wir sind der Meinung, dass diese Zonen der Unbestimmtheit zwischen Naturalismus und Kulturalismus ein produktives Spannungsfeld bieten und dass in der sozial-ökologischen Forschung ein holistischer Ansatz viel versprechend sein könnte. Wir sehen uns vor der Daueraufgabe, in dem Bewusstsein, dass mit jedem Wissen neues Unwissen „produziert“ wird, in steter Selbstreflexion den Forschungsprozess kritisch nach seinen blinden Flecken zu hinterfragen.

Dies begründet auch unsere Forderung nach einer neuen Ausrichtung der Wissenschaftspolitik. Dies war auch eine der Forderungen, die bei der 5. Deutschen Klimatagung im Oktober 2000 in Hamburg formuliert wurde. Dort wurde auch vermutet, dass es gerade die Einsicht in die kulturelle Vielfalt des Klimas ist, die einen rationaleren Klimadialog ermöglichen könnte (FR 17.10.00.) Das Wissen über sozial-ökologische Systeme muss ebenso ausgebaut werden wie das Wissen über technische Alternativen zur fossilistischen Produktionsweise oder das Wissen über Strategien umweltgerechter Wirtschaftskreisläufe. In diesem Zusammenhang müssen auch die sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätze der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse weiterentwickelt werden.

Schließlich sind interdisziplinäre Erkenntnisse für eine Einschätzung konkreter ökologischer Reformpotenziale unerlässlich. Mit anderen Worten: Erst in einem interdisziplinären, sozial-ökologischen Ansatz lassen sich Leitbilder einer nachhaltigen Gesellschaft entwickeln, die nicht nur von einer ungestörten Technikgläubigkeit oder von apokalyptischen Zukunftsszenarien geprägt sind. Eine prozessorientierte Gestaltung sozial-ökologischer Transformationen erfordert also Forschungsansätze und Handlungsstrategien, die sich nicht in erster Linie auf die detaillierte Festlegung von Zielzuständen und die Suche nach Instrumenten zur Umsetzung dieser Ziele konzentrieren, sondern an einem breitangelegten Verständnis davon ausrichten, wie eine sozial-ökologische Transformation in Richtung Nachhaltigkeit innerhalb der Gesellschaft realisiert werden kann.

Literatur

- Agarwal A, Narain S (1991) *Global Warming in an Unequal World: A Case of Environmental colonialism*. New Delhi (Center for Science and Environment)
- Altvater E (1992) *Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*. Münster
- Becker E, Jahn Th (1987) *Soziale Ökologie als Krisenwissenschaft*. Frankfurt am Main
- Becker E, Jahn Th, Schramm E (1999) *Sozial-ökologische Forschung – Rahmenkonzept für einen neuen Förderschwerpunkt*. Frankfurt am Main
- Becker E, Jahn Th, Wehling P (1991) *Civil Society und die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse*. *Prokla* 21 (84): 482-492
- Blatter J, Ingram H, Doughman PM (2001) *Emerging Approaches to Comprehend Changing Global Contexts*. In: Blatter J, Ingram H (eds) *Reflections on Water. New Approaches to Transboundary Conflicts and Cooperation*. Cambridge/Massachusetts, London, pp 3-29
- Brand K-W, Jochum G (2000) *Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung*. München (Münchener Projektgruppe für Sozialforschung e.V.; MPS-Texte 1/2000)
- Brand U, Brunnengräber A, Schrader L, Stock Chr, Wahl P (2000) *Global Governance. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung?* Münster
- Braun D (1998) *Der Einfluss von Ideen und Überzeugungssystemen auf die politische Problemlösung*. *Politische Vierteljahresschrift* 39 (4): 797-818
- Bröckling U (2000) *Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement*. In: Bröckling U, Krasmann S, Lemke Th (Hrsg) *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main
- Brohmann B, Cames M, Herold A (2000) *Klimaschutz durch Minderung von Treibhausgasemissionen im Bereich Haushalte und Kleinverbrauch durch klimagerechtes Verhalten. Band 1: Private Haushalte*. Freiburg (Forschungsbericht 204 01 120 des Öko-Instituts, im Auftrag des Umweltbundesamtes)
- Brunnengräber A (2002) *Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas*. In: Brand U, Görg Chr (Hrsg) *Mythen globalen Umweltmanagements*. Münster (im Erscheinen)
- Bublitz H, Bührmann AD, Hanke Chr, Seier A (1999) *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*. Frankfurt am Main, New York
- Darier E (ed) (1999) *Discourses of the environment*. Oxford
- Dürr H-P (1998) *Struktur, Wertschöpfung und Nachhaltigkeit*. In: Heinrich M, Messner D (Hrsg) *Globalisierung und Perspektiven linker Politik*. Münster, S 54-70
- Fagan B (2001) *Die Macht des Wetters: Wie das Klima die Geschichte verändert*. Düsseldorf
- Foucault M (1971) *Die Ordnung der Dinge*. Frankfurt am Main
- Foucault M (1973) *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main
- Foucault M (1974) *Die Ordnung des Diskurses*. München
- Foucault M (1976) *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main
- Foucault M (1977) *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. Bd. 1*. Frankfurt am Main
- Foucault M (1978) *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin
- Georgescu-Roegen N (1971) *The Entropy Law and the Economic Process*. Cambridge, London
- Görg Chr (1999) *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster
- Hajer MA (1995) *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy*

- Process. Oxford
- Ingram H, Milward HB, Laird W (1992) Scientists and Agenda Setting: Advocacy and Global Warming. In: Waterstone M (ed) Risk and Society: The Interaction of Science, Technology and Public Policy. Dordrecht, pp 33-53
- Jahn Th (1990) Das Problem sozial-ökologischer Forschung. Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftliche Naturverhältnisse. Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1: 15-41
- Jahn Th, Wehling P (1998) Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand K-W (Hrsg) Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Opladen, S 75-93
- Kaul I, Grunberg I, Stern MA (Hrsg) (1999) Globale öffentliche Güter. Internationale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert. New York, Oxford
- Keller R (1997) Diskursanalyse. In: Hitzler R, Honer A (Hrsg) Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen, S 309-333
- Keller R (1998) Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Opladen
- Keller R (2000) Der Müll in der Öffentlichkeit. Reflexive Modernisierung als kulturelle Transformation. Ein deutsch-französischer Vergleich. Soziale Welt 51: 245-266
- Keller R (2001) Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller R, Hirsland A, Schneider W (Hrsg) Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen
- Kulynych JJ (1997) Performing politics: Foucault, Habermas, and postmodern participation. Polity 30 (2): 315-346
- Lemke Th, Krasmann S, Bröckling U (2000) Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling U, Krasmann S, Lemke Th (Hrsg) Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main
- Litfin KT (1994) Ozone Discourses. Science and Politics in Global Environmental Cooperation. New York, Chichester
- Loske R (1996) Klimapolitik im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen. Marburg
- Lutes MW (1998) Global climatic change. In: Keil R, Bell DVJ, Penz P, Fawcett L (eds) Political Ecology: Global and Local. London, pp 157-175
- Macnaghten P, Urry J (1998) Contested Natures. London (u.a.)
- Maier ML (1998) Three images of ideas in political science: conceptual and methodological issues. A paper delivered at the workshop on 'Norms and interests in international relations' of the IR Working Group, EUI, Firenze, November 20-21 1998
- Martinez-Alier J (1987) Ecological Economics. Energy, Environment and Society. Oxford, Cambridge
- Missbach A (1999) Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen. Münster
- Nuscheler F (2000) Global Governance, Entwicklung und Frieden. Zur Interdependenz globaler Ordnungsstrukturen. In: Ders. (Hrsg) Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts. Bonn, S 471-507
- Oberthür S (1994) Politik im Treibhaus. Die Entstehung des internationalen Klimaschutzregimes. Berlin
- Ott H, Oberthür S (2000) Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert. Opladen
- Reusswig F (1994) Lebensstile und Ökologie. Gesellschaftliche Pluralisierung und alltagsökologische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Energiebereichs. Frankfurt am Main

- (Sozial-ökologische Arbeitspapiere des Instituts für sozial-ökologische Forschung Nr. 43)
- Roe E (1994) *Narrative Policy Analysis. Theory and Practice*. Durham, London
- Sachs W (2001) Das Kyoto-Protokoll: Lohnt sich seine Rettung? *Blätter für deutsche und internationale Politik* 46 (7): 847-856
- Scheer H (1999) *Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne*. München
- Shakley S, Wynne B (1996) Representing Uncertainty in Global Climate Change Science and Policy: Boundary-Ordering Devices and Authority. *Science, Technology & Human Values* 21 (3): 275-302
- Sharp E (1999) *Contesting sustainability: Local policy-making for the global environment*. Sheffield (PhD-thesis, Department of Town and Regional Planning, University of Sheffield)
- UBA (Umweltbundesamt) (2000) *Umweltbewusstsein 2000*. Berlin
- Ulbert C (1997) *Die Konstruktion von Umwelt. Der Einfluß von Ideen, Institutionen und Kultur auf (inter-)nationale Klimapolitik in den USA und der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden
- Viehöver W (1997) ‚Ozone Thieves‘ and ‚Hot House Paradise‘. *Epistemic communities as cultural entrepreneurs and the reenchantment of sublunar space – A sociological analysis of the media discourse on the greenhouse effect in the Federal Republic of Germany 1970-1995*. Florenz (PhD-thesis, EUI European University Institute, Department of Political and Social Sciences, Florenz)
- Walk H, Brunnengräber A (2000) *Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima*. Münster
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1996) *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel (u.a.) (hrsg. von BUND und Misereor)